

Umsetzungsstand der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse für das Jahr 2004 bis 2008

- I. Der Stadtrat beschloss bei den Sparpaketen der Jahre 2004 bis 2008 jeweils, dass die Verwaltung in halbjährlichem Abstand über den jeweils aktuellen Umsetzungsstand der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung im POA bzw. im Ältestenrat berichten möge. Die für die Umsetzung der Prüfaufträge erforderlichen detaillierten Abstimmungen und Prüfungen mit und in den einzelnen Geschäftsbereichen erfolgten in den vergangenen Monaten. Die Erzielung von Konsolidierungsbeiträgen aus den teilweise umfangreichen und komplexen Fragestellungen der Prüfaufträge kann nur sukzessive erfolgen. In den tabellarischen Übersichten wird der derzeitige Sachstand der noch offenen Beschlüsse dargestellt.

Die Verwaltung ist angesichts der äußerst kritischen Haushaltssituation bemüht, die Realisierung der beschlossenen Sparpakete zügig umzusetzen. Die Verantwortung und Federführung für die Umsetzung der beschlossenen Haushaltskonsolidierungsbeiträge liegt dabei bei den jeweiligen Fachreferaten.

Haushaltskonsolidierung 2004

Die Gesamtsumme der im Laufe des Haushaltsjahres 2008 haushaltswirksam umgesetzten Beschlüsse beträgt aus heutiger Sicht ca. 28,32 Mio. Euro. In der Umsetzung¹ befinden sich weitere knapp 2,6 Mio. Euro, deren Realisierung im Laufe des Jahres 2008 erfolgt.

Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird für das Sparpaket 2004 Teil I und Teil II die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs-, Tarif- oder Lohngruppe vom 27.02.2004 verwendet.

Die in der Anlage 1 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2004 beinhaltet den derzeitigen aktuellen Umsetzungsstand (Stand Juli 2008) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in seiner Sitzung am 26.11.2003 bzw. in seiner Sitzung am 24. März 2004 zur Haushaltskonsolidierung 2004 beschlossen hat. Von den 488 Konsolidierungsmaßnahmen können 458 Vorschläge innerhalb des Haushaltsjahres 2008 als vollzogen betrachtet werden. Für weitere insgesamt 30 Maßnahmen sind konkrete Vollzugsschritte in der Umsetzung.

Mit dieser Vorlage werden in Umsetzung der Vollzugsschritte 8 Einsparvorschläge mit einem Einsparvolumen von knapp 1,1 Mio. Euro zur entsprechenden Beschlussfassung vorgeschlagen. Unter ID 1405 wurde ein umfassender Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Mülleinsammeln (Projekt „Service öffentlicher Raum“) mit einem Konsolidierungsbetrag in Höhe von 1.000.000,-- Euro beschlossen. Die Grundsatzentscheidung zur Gründung eines Eigenbetriebes „SÖR“ wurde im POA am

¹ In der Anlage werden in der Spalte „im Vollzug“ alle Umsetzungsvorschläge geführt, die voraussichtlich 2008 haushaltswirksam werden.

15.07.2008 bzw. im Stadtrat am 23.07.2008 getroffen. Deshalb soll dieser Vorschlag als „im Vollzug“ gewertet werden.

Dem POA wird empfohlen, folgende Nrn. der Haushaltskonsolidierung 2004 mit einem Einsparvolumen von rund 1,18 Mio. Euro aufgrund der bereits erfolgten bzw. anstehenden Umsetzung im Verwaltungsvollzug als erledigt anzusehen.

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einsparbetrag
321	T	Verkehrssicherung/Wohnumfeldverbesserung, Innendienst	46.750,--
1074	Tg	kw-Vermerk für eine Schreinerstelle bzw. Plafondverschlechterung	45.600,--
1210	Stpl	Gruppen kw-Vermerke Strukturplanung	93.950,--
1273	T	Synergieeffekte	39.300,--
1288	T	Reorganisation Straßenbau	763.496,--
1355	OA	Reduzierung tierärztliche Tätigkeit	44.700,--
1369	RA	Reduzierung Schreibdienst	16.800,--
1375	EP	Versicherungsamt: Reduzierung des Beratungsangebotes	124.800,--
SUMME			1.175.396,--

Haushaltskonsolidierung 2005

Die als Anlage 2 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2005 beinhaltet den aktuellen Umsetzungsstand (Stand Juli 2008) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in den Haushaltsberatungen am 24.11.2004 bzw. 13.04.2005 zur Haushaltskonsolidierung 2005 in Höhe von knapp 11 Mio. Euro beschlossen hat. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs-, Tarif- oder Lohngruppe vom 30.11.2004 verwendet.

Die Gesamtsumme der als erledigt anzusehenden oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 4,5 Mio. Euro bzw. 3,2 Mio Euro. Mit dieser Vorlage werden in Umsetzung der Vollzugsschritte 11 Vorschläge mit einem Einsparvolumen von knapp 800.000,-- Euro zur entsprechenden Beschlussfassung vorgeschlagen.

Dem POA wird vorgeschlagen, folgende Nrn. der Haushaltskonsolidierung 2005 als erledigt anzusehen, da bereits eine Sachkontenreduzierung bzw. Stelleneinzüge erfolgten oder erfolgen:

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einspar- betrag Euro
3	BgA	Neustrukturierung der Aufgaben im Overhead	19.800,--
11	SRD	Neuorganisation des Geschäftsbereichs SRD	200.000,--
14	RA	Sachgebiet Baurecht bei RA	20.000,--
21	EP	Versicherungsamt zu EP	30.000,--
31	SpA	Reduzierung der Verwaltungskapazität nach Vereinfachung der Sportförderrichtlinien	20.000,--
52	SenA	Zusammenlegung der Beschwerde- und Schlichtungsstelle mit der Heimaufsicht	27.950,--
85	MSH	Prüfauftrag: Betrieb der MSH durch externen Dritten	300.000,--
89	Av	Reduzierung Verwaltungskapazität	40.000,--
Summe			657.750,--

Im Rahmen der Auflösung des Direktoriums Recht und Sicherheit wurde die Realisierung der Nrn. 11, 14 und 21 berücksichtigt. Auf die gesonderte POA-Vorlage für die Sitzung am 15. Juli 2008 und die darin aufgezeigten Stellenveränderungen wird hingewiesen. Eine Bilanzierung der erzielten Konsolidierung erfolgt erst nach den ggf. beschlossenen Stellenhebungen zum Haushalt 2009.

ID 46 „Schulreferat“

Im Rahmen der Neustrukturierung der Stadtverwaltung sollte geprüft werden, ob zukünftig ein eigenständiges Schulreferat erforderlich ist. Aufgrund der Zuweisung des Schulbereichs zum Geschäftsbereichs des 3. BM wird dem POA vorgeschlagen, diesen Prüfauftrag im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2005 als erledigt zu betrachten.

ID 48 „Veränderung von Mietverhältnissen, insb. durch die Auflösung von Teilhauptschulen“ in Höhe von 25.000,-- Euro

Das Regionalkonzept des Freistaates wurde zwischenzeitlich umgesetzt und die Abschaffung der Teilhauptschulen stufenweise realisiert. Aufgrund des geringeren Raumbedarfs sollten die hierdurch freiwerdenden Räume für die Mittagsbetreuung genutzt werden. In der Folge sollten Abmietungen im entsprechenden Umfang realisiert werden. Im Rahmen der Einführung der Ganztagschulen entstand ein Mehrbedarf an Räumen. Dieser konnte gedeckt werden. Dem POA wird daher vorgeschlagen, den o.g. Prüfauftrag als erfüllt zu betrachten.

Konsolidierungsbeschlüsse für BAV

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen 2004 und 2005 wurden für BAV verschiedene Konsolidierungsbeträge beschlossen. Daneben wurden weitere Konsolidierungen, wie z. B. Arbeitszeitverlängerung für Beamte und Beamtinnen oder der Wegfall der AZV-Tage budgetverschlechternd eingebucht. Nach Auflösung der Dienststelle wurde die Budgetbelastung in Höhe von insgesamt 77.800,-- Euro anteilig dem Dienststellenbudget von Ref. VI zugerechnet. Mit der Auflösung von BAV wurde eine Gesamtkonsolidierung in Höhe von 386.400,-- Euro bereits realisiert. Würde die vorgenommene Budgetverschlechterung berücksichtigt, wären die aufgrund der Haushaltskonsolidierung 2005 erreichten Einsparungen entsprechend niedriger ausgefallen. Dem POA wird aufgrund der gegebenen Doppelbeschlüsse vorgeschlagen, die Konsolidierungsvorgabe der ID 65 der Haushaltskonsolidierung 2005 „Auflösung der Dienststelle BAV nach neuer Aufgabenzuordnung (Einrichtung einer zentralen Einheit für Vergabe und Aufbau eines Controllings im Ref. VI-Bereich)“ von bisher 103.000,-- um 17.130,-- Euro auf zukünftig 85.870,-- Euro zu reduzieren. Die angepasste Einsparsumme wurde zwischenzeitlich realisiert.

ID 87 „Optimierung der unterstützenden Dienste (Verwaltung, Handwerker, Hausmeister) im Bereich Ref. IV“ in Höhe von 50.000,-- Euro

Durch die Bündelung der bisherigen Kapazitäten der Kunsthalle, der Tafelhalle und von K4 konnte der durch die Neuschaffung der Fränkischen Galerie entstehende Personalmehrbedarf zumindest bei den hierfür benötigten unterstützenden Diensten ausgeglichen werden. Ref. IV beantragt daher den o.g. Prüfauftrag als erledigt zu betrachten. Die im Rahmen der Stellenplanausstattung der neuen Dienststelle KunstKulturQuartier Nürnberg durchgeführte Prüfung der vorhandenen Kapazitätsauslastung und der Personalbemessung begründen die Empfehlung, den Konsolidierungsbeschluss als erfüllt anzusehen.

Haushaltskonsolidierung 2006

Die als Anlage 3 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2006 beinhaltet den aktuellen Umsetzungsstand (Stand Juli 2008) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in den Haushaltsberatungen am 23.11.2005 bzw. 29.03.2006 in Höhe von knapp 10 Mio Euro beschlossen hat. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs- oder Entgeltgruppe vom 23.02.2006 verwendet.

Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 7,9 Mio. Euro bzw. 0,66 Mio. Euro.

ID 4 „Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen“ sowie ID 5 „Überprüfen, in wie weit es möglich und vertretbar sein sollte, Grünflächen in Bebauungsplänen wo möglich als private Grünflächen festzusetzen. Das gilt insbesondere für Ortsrandeingrünungen“.

GBA hat in Abstimmung mit UwA und Stpl seit 2007 neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL erarbeitet. Diese werden derzeit in der Praxis erprobt. Im Rahmen der Schaffung des Eigenbetriebes „Service öffentlicher Raum

(SÖR)“ und der Betriebsaufnahme werden diese nochmals überprüft und ggf. modifiziert. Dem POA wird vorgeschlagen, die Prüfaufträge aus der Haushaltskonsolidierung 2006 an dieser Stelle als erledigt zu betrachten.

ID 12 „Optimierung der internen Leistungsverrechnung“

Eine Arbeitsgruppe aus Ref. II, Stk und OrgA hat seit Mai 2007 zunächst eine Bestandsaufnahme auf Basis eines Kriterienkatalogs vorgenommen. Die interne Leistungsverrechnung wurde aufgrund der durch die Bestandsaufnahme gewonnenen Erkenntnisse modifiziert. Durch veränderte gesetzliche Vorgaben an die kommunale Haushaltsführung ist die beabsichtigte Einbeziehung von Ansätzen der internen Leistungsverrechnung in die Budgetierung grundsätzlich nicht zulässig. Dem POA wird vorgeschlagen, den Prüfauftrag als erledigt zu betrachten.

ID 18 „Reduzierung der Vergütungen von Praktikantinnen und Praktikanten der Fachhochschulen“ in Höhe von 80.000,-- Euro

Seit Anfang 2008 werden nur noch gekürzte Vergütungen an die 80 Praktikantinnen und Praktikanten, die jeweils zwei mal 20 Wochen bei der Stadt Nürnberg beschäftigt sind, bezahlt. Die Personalaufwendungen konnten daher reduziert werden.

Haushaltskonsolidierung 2007

Die als Anlage 4 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2007 beinhaltet den aktuellen Umsetzungsstand (Stand Juli 2008) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in den Haushaltsberatungen am 23.11.2006 in Höhe von 10,6 Mio. Euro beschlossen hat. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs- oder Entgeltgruppen vom 23.02.2006 verwendet. Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 6,5 Mio. Euro bzw. 1,6 Mio. Euro.

In Umsetzung der ID Nr. 5 „Einsparungen bei Mietkosten durch Veränderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II“ konnten durch realisierte Abmietungen bereits eine Einsparung in Höhe von 160.000,-- Euro vom beschlossenen Konsolidierungsbetrag in Höhe von 430.000,-- Euro erzielt werden. Gemäß Beschluss des JHA vom 29.05.2008 sollen entgegen der ursprünglichen Planungen die städtischen Anwesen Rothenburger Straße 45 und Herrschelplatz 3 zukünftig als Familienzentrum bzw. für die Erweiterung bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet werden. Das hat zur Folge, dass die in diesem Konsolidierungsbeschluss vorgesehene Abmietung des Objekts Glockenhofstraße 24-26 nicht erfolgen kann bzw. SHA in einem anderen anzumietenden Objekt untergebracht werden muss. Andererseits hätten im Rahmen des quantitativen und qualitativen Ausbaus der Kindertagesstätten Räumlichkeiten angemietet werden müssen. Im Rahmen der Deckung des Mehrbedarfs an Räumen wurde daher auf die Abmietung verzichtet. Dem POA wird vorgeschlagen, den Konsolidierungsbetrag als erfüllt zu betrachten.

ID 7 „Denkmalschutz von H zu BoB“

Der Prüfauftrag wurde bearbeitet. Über das Ergebnis wurde dem POA in der Sitzung am 15. Juli 2008 berichtet. Dabei werden zukünftig die hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des DSchG bei der BoB konzentriert. Dem POA wird vorgeschlagen, den Prüfauftrag als erledigt zu betrachten.

ID 8 „Prüfauftrag im Bereich Reproduktion“ in Höhe von 50.000,-- Euro

Die Aufgabenerledigung im Bereich „Reproduktion“ wurde insbesondere daraufhin geprüft, in welchem Umfang die derzeit bei Geo vorgehaltenen Personal- und Sachressourcen für die Aufgabenerfüllung im Bereich Reproduktion zukünftig benötigt werden. Nach einer Einzelprüfung im Rahmen des Städtevergleichs konnte mit Geo Einvernehmen über Stelleneinzüge im Bereich Reproduktion erzielt werden. Dem POA werden die entsprechenden Stelleneinzüge gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt. Dem POA wird aufgrund des gegebenen Doppelbeschlusses vorgeschlagen, die Konsolidierungsvorgabe der ID 8 der Haushaltskonsolidierung 2007 als erledigt zu betrachten.

ID 17 „Hochschule für Musik“ in Höhe von 150.000,-- Euro

Im Rahmen der zwischenzeitlich erfolgten Verstaatlichung der Hochschule für Musik konnte der Anteil der Stadt Nürnberg an den Kosten deutlich reduziert werden. Damit gilt der Beschluss als erledigt.

ID 19 „Verkauf von nicht (mehr) für städtische Zwecke benötigte Immobilien (insbesondere unbebauter Besitz und Wohngebäude - auch die in GfG-Verwaltung)“ in Höhe von 400.000,-- Euro

Die Verwaltung prüft permanent den Verkauf von für städtische Zwecke nicht mehr benötigte Immobilien. Da in den vergangenen Jahren das Einnahmesoll unter Berücksichtigung der Vorgabe in Höhe von 400.000,-- Euro erreicht wurde, wird dem POA empfohlen, den Konsolidierungsbeschluss als erledigt zu betrachten.

ID 21 „Gewinnausschüttung Sparkasse“ in Höhe von 1.800.000,-- Euro

Im Haushaltsplanentwurf 2009 ist in Abstimmung mit der Sparkasse eine Gewinnausschüttung durch die Sparkasse Nürnberg in Höhe von 5 Mio. Euro eingerechnet. Der Konsolidierungsbetrag in Höhe von 1,8 Mio. Euro kann daher als erfüllt betrachtet werden.

Haushaltskonsolidierung 2008

Die als Anlage 5 beigefügte Aufstellung zur Haushaltskonsolidierung 2008 beinhaltet den aktuellen Umsetzungsstand (Stand Juli 2008) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in den Haushaltsberatungen am 23.11.2007 in Höhe von knapp 13,5 Mio. Euro beschlossen hat. Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 6,4 Mio. Euro bzw. 4,1 Mio. Euro. In diesen Summen ist auch das Sparpaket 2005 (über den Umsetzungsstand wird gesondert be-

richtet) mit seinen Einzelvorschlägen im Umfang von knapp 11 Mio. Euro insgesamt enthalten. Von diesen wurden bereits Maßnahmen im Umfang von 4,5 Mio. Euro umgesetzt bzw. befinden sich im Umfang von 3,2 Mio. Euro im Verwaltungsvollzug.

Dem POA wird vorgeschlagen, folgende Nrn. der Haushaltskonsolidierung 2008 als erledigt anzusehen, da bereits entsprechende Maßnahmen auf dem Verwaltungsweg eingeleitet wurden:

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einspar- betrag Euro
1	Allgemein	Arbeiterversorgung	960.000,--
2	Allgemein	TvöD	1.100.000,--
3	Allgemein	Vorzeitiges Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Stadt Nürnberg	680.000,--
4	Allgemein	Beihilfe	150.000,--
Summe			2.890.000,--

Im Rahmen der Tarif- und Gesetzesanwendung durch die Personalverwaltung werden die Versorgungsbezüge sowie die Entgelte von neu eingestellten Beschäftigten im Vergleich zu den bisherigen Kosten tarifgemäß festgesetzt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung können die o. g. Konsolidierungsbeträge als erbracht angesehen werden.

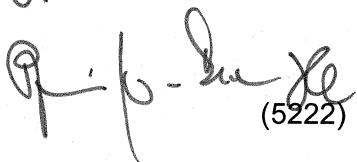
Beschlussvorschlag

siehe Beilage

II. Ref. I/POA 21. AUG. 2008

Nürnberg, den 20. August 2008
Amt für Organisation und
Informationsverarbeitung

i. V.


(5222)

In Abdruck an:

- | | | |
|---|---|---------------------------------------|
| a) BgA |) | |
| b) Ref. II |) | Die Angelegenheit soll in der |
| c) Ref I/II – Stabsstelle Verwaltungsreform |) | Sitzung des POA am 16.09.2008 |
| d) PA |) | behandelt werden, daher werden die |
| e) Stk |) | Beteiligten durch Abdruck verständigt |
| f) GPR |) | |

Umsetzungsstand HHK 2004-2008

Stand: 20.06.2008

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2004		OBM							
	2004	1375	EP	Versicherungsamt: Reduzierung des Beratungsangebotes	Personalreduzierung. Das Versicherungsamt ist eine übertragene Aufgabe. Derzeit erfolgt eine Überprüfung durch OrgA. Vorbehaltlich des Ergebnisses erfolgt eine Stellenreduzierung. Erhöhung der Warte- und Bearbeitungszeiten. Verlagerung auf Terminvereinbarung. Verweisung von Versicherten an zuständigen Versicherungsträger	124.800	124.800	124.800		Der Einzug von Stellen im Umfang von 3 Vollkraftstellen sowie Stundenanteilen erfolgte
X	2004	1355	OA	Reduzierung tierärztliche Tätigkeit	Wegfall eines Tierarztes, teilweiser Ersatz durch Vertrag mit externen Tierarzt.	44.700	44.700	44.700		Stellenvermerk "kw" wurde angebracht; eine Budgetverschlechterung erfolgte ab 2008 dauerhaft
X	2004	1369	RA	Reduzierung Schreibdienst	Reduzierung des Schreibdienstes um eine halbe Stelle.	16.700	16.700	16.700		Der Stelleneinzug wurde realisiert.
X	2004	1370	RA	Reduzierung um eine/n Juristin/en	Reduzierung um eine/n Juristin/en. Teilersatz durch Zuordnung von RA/3-Versicherungsamt zum Einwohneramt (Bürgeramt), um für Dienststellenleiter mehr juristische Sachbearbeitung zu ermöglichen.	89.400	89.400		89.400	Die Realisierung des angebrachten Stellenvermerkes (POA 11.5.2004) wird im Rahmen der Überprüfung der Auswirkung der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens geprüft. Die zunächst festgelegte Fristigkeit "F8.07" wurde aufgehoben.
	2004	1310	StA	Kommunale Zusammenarbeit	Budgetreduzierung um 20% durch kommunale Zusammenarbeit nach Beschluss Lenkungsgruppe IKZ vom 15.12.03 = Einsparung 250.000 EUR	250.000	250.000	200.000	50.000	Das gemeinsame Statistikamt startete zum 01.05.2005. Der Zeitplan (bis 2010) zur Realisierung der beschlossenen Konsolidierung wird eingehalten; verschiedene Stelleneinzüge konnten bereits realisiert werden.
	2004	269	SIN	Eheschließungen: Personalreduzierung	Reduzierung der Standesbeamten im Bereich Eheschließungen um 0,45 Stellen; Personalstruktur ermöglicht nur einen Gruppenvermerk	24.570	24.570		24.570	Die Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes (bezieht sich auf alle Standesbeamten-Stellen) erfolgte. Die Fristigkeit des angebrachten kw-Vermerkes wurde auf F12.09 verlängert (POA 8.5.2007)
	2004	1337	SIN	Personalreduzierung nach Einführung elektronischer Personenstandsbücher	Im Personenstandsreformgesetz (Inkrafttreten derzeit für 2006 geplant) ist die Einführung von elektronischen Personenstandsbüchern vorgesehen. Diese werden die Fortschreibungen in den bisherigen Familienbüchern und deren Ausstellung reduzieren.	66.600	66.600		66.600	Das Personenstandsreformgesetz wurde Anfang 2007 vom Bundesrat beschlossen. Es tritt jedoch erst nach einer Übergangszeit im vollen Umfang ab 2009 in Kraft. Die Fristigkeit des angebrachten kw-Vermerkes wurde auf F12.09 verlängert (POA 8.5.2007)
	2004		OBM			1.951.896	1.951.896	1.631.626	320.270	
	2004		2. BM							
X	2004	1074	Tg	kw-Vermerk für eine Schreinerstelle	Streichung einer derzeit besetzten Schreinerstelle nach Umsetzung des Mitarbeiters an eine andere Dienststelle.	45.600	45.600	45.600		Eine Platfondverschlechterung erfolgte.
	2004		2. BM							
	2004		3. BM			3.294.808	2.329.590	1.943.844	369.775	
	2004	1373	3. BM	Schaffung eines "Amtes für Allgemeinbildende Schulen" - 2007/2008	Zusammenlegung des Bereiches Ref.IV/SchG mit SchV. Schaffung eines Amtes für Allgemeinbildende Schulen	156.150	156.150	53.050	103.100	2 Halbstellen wurden eingezogen; 1 Stelleneinzug steht noch aus (abgesichert durch angebrachten kw-Vermerk). Wie bereits bei der Anerkennung dieses Vorschlags angekündigt wurde, erfolgte ab 01.01.2008 zunächst eine Budgetverschlechterung für 2008
	2004	1376	3. BM	Sonstige Stellenkonsolidierungen	Abbau von insgesamt 9,61 Stellen im gesamten Geschäftsbereich 1,0 Sekretärin SchB 1,0 Schulhausmeister SchV 0,5 Verwaltungskraft SchB 0,26 medienpäd. Dienst MZ 1,0 Sekretärin SchG 2,0 Reinigungskräfte SchV 1,0 Reinigungskraft SchB 1,0 Verwaltungsfachkraft SchB 1,0 Techn. Fachkraft SchG 0,5 Projektkoordinator Ref.IV 0,35 Verwaltungsfachkraft		331.524	289.924	41.600	Stelleneinzug bzw. Anbringung von verschiedenen kw-Vermerken im Umfang von insgesamt 9,61 VK mit unterschiedlichen Wirkanteilen. 8,5 Stellen wurden bereits eingezogen. Wie bereits angekündigt, erfolgte ab 01.01.2008 zunächst eine Budgetverschlechterung. Es steht noch der Einzug einer Schulsekretärin im Bereich Gymnasien (Realisierung eines kw-Vermerkes) aus.
	2004		3. BM			2.485.281	2.816.805	2.630.505	186.300	
	2004		Ref. I							
	2004		Ref. I			1.934.556	1.713.881	1.713.881	0	
	2004		Ref. II							

1	Jahr	Lfd. Nr.	Det.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushalts-wirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2004	1111	Ka	Einzug von 2 Vollkraftstellen nach Beendigung des Projektes NRN	Einzug von 2 Vollkraftstellen nach Beendigung des Projektes NRN und Ablösung der Belegablage durch ein elektronisches Archivierungssystem.	70.900	70.900		70.900	Die Anbringung von Gruppen-kw-Vermerken im Umfang von 2 Stellen erfolgte. Die Realisierung ist abhängig von der Einführung eines elektronischen Archivierungssystems (entsprechender Stellenvermerk "Bedingung") und den Möglichkeiten zur Vermittlung der Stelleninhaber/innen. Mit einer Einführung des Archivierungssystem kann nach Auskunft von Ref./SKN erst ab 2009 gerechnet werden.
	2004	1103	Ref. II	Einzug einer Stelle nach Abschluss des Projektes NRN	Einzug einer Stelle nach Abschluss des Projektes NRN.	83.589	83.589		83.589	Die Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes mit dem Zusatz "B - nach Abschluss des Projektes" und Fristvermerkes mit "F 03.09" erfolgte. Ref. II beantragt zum Haushalt 2009 die Schaffung einer unbefristeten Stelle.
	2004		Ref. II			686.823	686.823	532.334	154.489	
	2004		Ref. III							
	2004		Ref. III			1.634.967	1.400.567	1.376.764	23.803	
	2004		Ref. IV							
	2004	1353	KuF	Konzeptionelle Neuorientierung im Rahmen der neuen finanziellen Bedingungen	Plafondreduzierung um insgesamt 284.000 €, gleichmäßig verteilt auf 2004 bis 2007. Erreicht werden diese Einsparungen durch versch., bereits mit Vermerk mitgeteilte Maßnahmen, die noch zu konzipieren sind. Dies wird zeitnah erfolgen. Ergebnisse werden mitgeteilt (u.a. auch im KULTA). Folgende Maßnahmen sind geplant: Verstärkte Synergiebildung in der Stadtverw., Prüfung der Angebote der dezentralen Einrichtungen, Umorg. Öff. Arbeit und der Org. strukturen bei KUF sowie Erhöhung der Einnahmen. Gleichzeitig wird der in den Haushaltsberatungen 2004 beschlossene Betrag in Höhe von 200.000 € für das Jugendzentrum für politische Bildung auf 100.000 € reduziert (ID Nr. 537).	284.000	284.000	213.000	71.000	Der Zeitplan der Plafondverschlechterungen wurde aufgrund der WM mit Zustimmung der Stadtspeize verschoben. Die Plafondkürzung erfolgte bisher für 2004, 2007 und 2008. Der Betrag für das Jahr 2009 in Höhe von 71.000,- Euro steht noch aus und wird im Haushalt 2009 berücksichtigt.
	2004	1248	KuM	Wegfall einer Stelle	Die Stelleninhaberin wird voraussichtlich im Feb. 2007 in den Ruhestand wechseln. Die Aufgaben werden zum Teil intern umgeschichtet, zum Teil fallen sie weg.	89.400	89.400		89.400	Die Stelle (Leitung Albrecht-Dürer-Haus, Graphische Sammlung) wird erst in 1/2009 frei. Sofern der Stelleneinzug aus Sicht von KuM nicht realisiert werden kann, ist ein entsprechender kassenwirksamer Ersatzvorschlag einzuzeigen.
	2004		Ref. IV			3.256.829	2.537.318	2.281.980	255.338	
	2004		Ref. V							
	2004		Ref. V			5.414.829	5.414.829	5.414.829	0	
	2004		Ref. VI							
	2004	1271	Geo	Straffen der Organisation und Optimieren der Prozesse bei vermessungstechnischen Arbeiten	Optimieren der Vermessungsarbeiten zur Aktualisierung der Geobasisdatenbestände des Geo bzw. Strukturpassung wegen Ruhestandsversetzungen von Ingenieuren und Messgehilfen in den nächsten Jahren; u.a. Zusammenlegen der beiden Fachbereiche Geo/1-Nord und Geo/1-Süd.	204.950	204.950	137.250	67.700	2 Stellen wurden eingezogen; die Realisierung weiterer angebrachter Vermerke erfolgt noch in 2008 bzw. 2009 nach Ruhestandsversetzungen.
	2004	1210	Stpl	Gruppen kw-Vermerke Strukturplanung	Einzug von 1,5 frei werdenden Stelle in diesem Aufgabenbereich.	93.950	93.950	93.950		Die Stellenreduzierung wurde zwischenzeitlich vollzogen.
X	2004	321	T	Verkehrssicherung/Wohnumfeldverbesserung, Innendienst	Einzug der Stelle eines Bautechnikers VGr. VcVb	46.750	46.750	46.750		Nach Umsetzung des Stelleninhabers innerhalb des Stellenplans von T wurde die Stelle eingezogen.
X										

1 Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einspar- summe ursprünglich	Einspar- summe angepasst	Bisher haushalts- wirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2004	1273	T	Synergieeffekte	Synergieeffekte durch die Optimierung von Aufgaben des ZD/Ermittlungsdienstes und der Verkehrsaufsicht T/1-1	39.300	39.300	39.300		Da der Gruppen-kw-Vermerk nicht fristgerecht zum 12.07 realisiert werden konnte, erfolgte ab 1.1.2008 eine Budgetbelastung.
X									
2004	1288	T	Reorganisation Straßenbau	Reorganisation der Bereiches Straßenbau unter weiterer Reduktion auf Bauhermaufgaben, Senkung von Standards, Bildung neuer Bezirke, Anpassung des Stellenplanes an den MIP	763.496	763.496	763.496		Die Stellen wurden größtenteils sofort eingezogen bzw. angebrachte kw-Vermerke wurden zwischenzeitlich realisiert
X									
2004	1155	Vpl	Verkehrstechnik	Reduzierung um eine halbe Stelle	33.200	33.200		33.200	Ein Gruppen-kw-Vermerk R19,25 mit F12.08 (POA 11.5.2004) wurde an einer Teilzeitstelle angebracht.
2004		Ref. VI			5.004.759	4.897.559	4.796.659	100.908	
2004		Ref. VII							
2004		Ref. VII			965.638	967.838	967.838	0	
2004		Allgemein							
2004	1079	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer Planstelle	89.400	89.400		89.400	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007).
2004	1141	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer Planstelle	74.450	74.450		74.450	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007).
2004	1142	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer halben Planstelle	37.225	37.225		37.225	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007).
2004	1405	Allgemein	Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Müllsammeln	Vor einer intensiveren Prüfung der möglichen Formen der Zusammenarbeit im Großraum auf diesem Gebiet sollten die Schnittstellen in der Nbggr. Struktur untersucht werden. Geprüft werden soll die Errichtung einer neuen Organisationseinheit (z.B. Eigenbetrieb) mit dezentralen Zuständigkeiten, die die Aufgaben Grün / Straßenunterhalt / Straßenreinigung / Winterdienst und Müllsammeln ganzheitlich erledigen. Da die volle Wirksamkeit der geschätzten Einsparziele in Höhe von 2 Mio. € nicht im vorgegebenen Zeitraum erfolgen wird und auch die mögl. Auswirkungen auf die bisherigen Organisationsstrukturen nicht so schnell haushaltswirksam werden, wird vorgeschlagen, eine Einnahmeerwartung für den Zeitraum bis 2007 in Höhe von 1 Mio. € anzusetzen.	1.000.000	1.000.000		1.000.000	Das Feinkonzept, welches einen Vorschlag über Struktur und Rechtsform der künftigen Organisationseinheit sowie die grobe Quantifizierung der möglichen Einsparpotentiale und Investitionserfordernisse enthält, wurde durch eine referatsübergreifende Projektgruppe erarbeitet. Die Grundsatzentscheidung über das Feinkonzept wurde durch den POA am 15.07.2008 und durch den Stadtrat am 23. Juli 2008 getroffen.
2004		Allgemein			7.108.917	6.234.917	5.033.842	1.201.075	
2004		Stadt			33.740.303	30.952.023	28.324.102	2.631.950	
			Summe 2004						

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005		OBM			19.800	19.800	19.800		Die Stellenabwertung erfolgt mit Neubesetzung der Stelle in 2008.
X	2005	3	BgA	Neustrukturierung der Aufgaben im Overhead		40.000	40.000			Aufgrund des Moratoriums beim Projekt IZ IT bis 2008 wurde diese Prüfung aufgrund des engen fachlichen Zusammenhangs zurückgestellt.
	2005	7	Pr	Integration Online- und E-Government-Büro		53.032	53.032			Pr erarbeitet bis Ende 2008 entsprechende Vorschläge zur Umsetzung.
	2005	8	Pr	Anzeigenakquise		30.000	30.000			Bis zum Umbau des internationalen Hauses 2009 zurückgestellt.
	2005	10	IB	Internationales Haus - Integration von Menschenrechtsbüro und Ausländerbeirat		30.000	30.000			
	2005	21	EP	Versicherungsamt zu EP		30.000	30.000	30.000		Das Versicherungsamt wurde von RA zu EP übertragen. Im Bereich "Zentrale Aufgaben" bei RA konnten in Folge der Übertragung Overheadkosten reduziert werden. Diese wurden im Rahmen der Neuorganisation des bisherigen Geschäftsbereiches SRD erbracht (POA 15.07.2008).
X	2005	22	EP	Elektronische Melderegisteraufnahme		100.000	100.000			Die Einführung des neuen Fachverfahrens ist im November 2007 erfolgt. Nach vollständiger Implementierung der neuen Funktionalitäten im Laufe von 2008 erfolgt die Anpassung der Personalbemessung, aufgrund Zeitverzögerungen wird die Überprüfung erst 2009 abgeschlossen.
	2005	23	EP	Neues Fachverfahren PAMELA		40.000	40.000		40.000	Die Einführung des neuen Fachverfahrens ist im November 2007 erfolgt. Nach vollständiger Implementierung der neuen Funktionalitäten im Laufe von 2008 erfolgt die Anpassung der Personalbemessung, aufgrund Zeitverzögerungen wird die Überprüfung erst 2009 abgeschlossen.
	2005	24	EP	Zusammenführung der Aufgabe Namensänderungen bei SIN		5.000	5.000			Der Prüfauftrag wird im Rahmen der Schaffung Bürgeramt bearbeitet - siehe ID Nr. 11 aus der HHK 2005.
	2005	19	OA	Gewerbemeldung online - Elektronische Datenübernahme		40.000	40.000			In Abstimmung mit dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wurde das Ordnungsamt Pilotanwender für das Modul GEWÄN BÜRGER. Hierdurch kann der Datenaustausch auf elektronischem Weg vom Antragsteller an die zuständige Stelle erfolgen. Ab Ende 2008 sollen die Erfahrungen im Rahmen des Pilotversuchs ausgewertet und die sich abzeichnenden Veränderungen beim Personalbedarf quantifiziert werden.
	2005	13	RA	Reduzierung des Dienstleistungsangebots bei den Verwaltungsämtern	Der Bereich Sozialversicherung wird nur noch zentral bei EP(VA) angeboten.	94.000	94.000			Die Prüfung des Dienstleistungsangebotes der dezentralen Bürgerämter erfolgt im Rahmen der Schaffung eines zentralen Bürgeramtes (ID 11 aus 2005).
X	2005	14	RA	Sachgebiet Baurecht bei RA	Optimierung der Verwaltung im Sachgebiet Baurecht	20.000	20.000	20.000		Nach erfolgter räumlicher Zusammenführung der juristischen Kapazität von RA wurde die Verwaltungskapazität im Rahmen der Neuorganisation des bisherigen Geschäftsbereiches SRD angepasst. (POA vom 15.07.2008).
	2005	16	RA	Wegfall Widerspruchsverfahren: Prüfauftrag Auswirkungen	Die Auswirkungen des auf Probe ausgesetzten Widerspruchsverfahrens sind bei den betroffenen Dienststellen zu ermitteln und gegenzurechnen. Evtl. entstehende Mehrkosten sind beim Freistaat Bayern einzufordern.	5.000	5.000			Die erhobenen Daten werden verwaltungsintern ausgewertet und ein entsprechender Vorschlag zur Umsetzung der erkennbaren Einsparung bei den Fachämtern durch den dauerhaften Wegfall des Widerspruchsverfahrens zur Vorlage im POA erarbeitet. Aufgrund der modifizierten Umsetzung ist eine Nacherhebung zur Gewinnung belastbarer Fallzahlen notwendig.
	2005		OBM			728.832	711.832	304.800	40.000	
	2005		2. BM							
	2005	29	SpA	Wegfall der kostenlosen Pflege der Vereinssportanlagen durch städtische Pflegekolonne		44.000	40.000	15.500		Seit Anfang 2007 werden den Vereinen die gebuchten Pflegeleistungen verrechnet. Hierdurch konnten bisher Mehrnahmen in Höhe von 15.500,- Euro erzielt werden. Zur Realisierung des Konsolidierungsbetrages werden weitere Maßnahmen durch SpS ergriffen, deren Wirksamkeit abgewartet werden muss.

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	31	SpA	Reduzierung der Verwaltungskapazität nach Vereinfachung der Sportförderlinien		20.000	20.000	20.000		Die Förderung der Übungsleiterfähigkeit wurde gegenüber den Vereinen pauschaliert (sog. Vereinspauschale). Dadurch vereinfacht sich die Antragstellung für die Vereine, während sich für die Sachbearbeitung bei SpS nahezu keine Vereinfachung ergibt. Zur Realisierung der Konsolidierung ist eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe bei der Gewährung der Vereinspauschale erforderlich, welche aufgrund von Kapazitätsgründen erst ab Mitte 2008 erfolgen kann. Ein Ergebnis wird bis 2009 vorgelegt. Ab 01.01.2008 erfolgte eine dauerhafte Budgetverschlechterung.
X	2005	11	SRD	Neuorganisation des Geschäftsbereichs SRD	Der Geschäftsbereich soll mit den Bereichen "Bürgerdienstleistungen" und "Recht und Ordnung" neu strukturiert werden. Die neue Struktur soll ab 2008 eingeführt werden.	200.000	200.000		200.000	Der eigenständige Geschäftsbereich wurde mit Wirkung zum 01.05.2008 aufgelöst (POA vom 15.07.2008).
X	2005	12	SRD	Angleichung des Dienstleistungsangebots der Verwaltungsämter	Das Dienstleistungsangebot für die Bürger wird vereinheitlicht werden. Der Bereich Wohngeid wird nicht mehr angeboten.	40.000	40.000	23.000	17.000	Zwischenzeitlich ist eine Stellenreduzierung beim Bürgeramt Süd im Umfang von 0,5 VK erfolgt. Die Prüfung des Dienstleistungsangebotes der dezentralen Bürgerämter erfolgt im Rahmen der Schaffung eines zentralen Bürgeramtes (ID 11 aus 2005).
	2005	2. BM				633.000	609.000	244.500	315.000	
	2005	3. BM				0	0			
	2005	46	3. BM	wegen Strukturreform zurückgestellt		49.350	49.350			Im Rahmen der Neustrukturierung der Stadtverwaltung sollte geprüft werden, ob zukünftig ein eigenständiges Schulreferat erforderlich ist. Durch die Zuweisung des Schulbereichs zum Geschäftsbereichs von H. 3. BM ist dies zunächst hinfällig. Dem POA wird vorgeschlagen, diesen Prüfauftrag als erledigt zu betrachten.
X	2005	47	3. BM	Verzicht auf Anstellung der Schulweghelfer im Rahmen des BAT		49.350	49.350			Im Rahmen des TVÖD wurden die rechtlichen Möglichkeiten geprüft. Die von SchV geführten Verhandlungen mit der Verkehrswohlt mit dem Ziel der Aufgabentransferung führten zu keinem Ergebnis. Mangels Realisierbarkeit des Konsolidierungsbeschlusses wurde von SchV ein Ersatzvorschlag angefordert. Zum Haushalt 2009 wurden seitens SchV die Schaffung weiterer Stellen ohne Deckung beantragt.
	2005	48	3. BM	Veränderung von Mietverhältnissen, insb. durch die Auflösung von Teilhauptschulen		25.000	25.000	25.000		Das Regionalkonzept des Freistaates wird derzeit umgesetzt. Die Abschaffung der Teilhauptschulen erfolgt stufenweise. Es war vorgesehen, aufgrund der hierdurch freierwerdenden Räume, Anmietungen für die Mittagsbetreuung jeweils im entsprechenden Umfang aufzugeben. Durch die reduzierten Raumbedarfe konnte der im Rahmen der Einführung der Ganztagschulen angefallene Mehrbedarf gedeckt werden. Dem POA wird vorgeschlagen, diesen Prüfauftrag als erfüllt zu betrachten.
X	2005	49	3. BM	Reduzierung der Verwaltungskapazitäten in den Bereichen Ref. IV, SchV, Ref. IV-SchG		37.750	37.750	18.875	18.875	Die Stelle der Amtsleitung von SchV wird im Jahr 2009 frei. Im Rahmen der Planungen über die zukünftige Struktur des Schulbereichs wird die Umsetzung dieser Einsparung im Vorzimmerbereich von SchV berücksichtigt. Wie angekündigt erfolgte ab 01.01.2008 eine Budgetverschlechterung. Der noch ausstehende Einzug einer Halbtelle wird im Rahmen der Neustrukturierung des Geschäftsbereichs vollzogen.
	2005	3. BM				112.100	112.100	43.875	18.875	
	2005	Ref. I								
	2005	44	PA	Änderung der tarifvertraglichen Vereinbarung über die Versorgungsregelung für die städt. Arbeiter		1.930.000	1.930.000		1.930.000	Die Einsparungen werden bis 2010 sukzessive durch Änderung der Versorgungsbezüge seit dem Jahr 2005 erbracht.
	2005	Ref. I				2.021.900	1.994.900	64.900	1.930.000	
	2005	Ref. II								
	2005	Ref. II				240.000	240.000	270.000	0	

Umsetzungsstand HHK 2004-2008

Stand: 20.08.2008

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005		Ref. III							
	2005	33	UWA	Wegfall der Stelle Umwelt und Wirtschaft		82.450	82.450	41.225	41.225	Ref. III beantragt zum Haushalt 2009 eine Verlängerung des Fristvermerks (F12.08) um zunächst ein weiteres Jahr (F12.09).
	2005		Ref. III							
	2005		Ref. IV							
	2005	85	MSH	Prüfauftrag: Betrieb durch externen Dritten		300.000	300.000	300.000	41.225	In der letzten Sitzung der eingesetzten Arbeitsgruppe (Ref. IV, MSH, LA, Ref. VIVAMN, H, Ref. II) am 09.01.2007 wurde einvernehmlich festgestellt, dass eine weitere Prüfung der vorliegenden zwei Angebote aufgrund der erfolgten bzw. anstehenden Sanierungsarbeiten nicht sinnvoll ist. Aufgrund der zukünftig gesteigerten Attraktivität wurde ersatzweise der Einnahmeersatz entsprechend erhöht. Die Konsolidierung wurde erbracht.
X	2005	87	KuH	Optimierung der unterstützenden Dienste (Verwaltung, Handwerker, Hausmeister) im Bereich Ref. IV		50.000	50.000	50.000		In der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Personalausschusses vom 13.07.2007 wurden Beschlüsse zur personellen Ausstattung der neuen Dienststelle "KunstKulturQuartier Nürnberg - KuKuQ", in der die Kunsthalle aufgeteilt, getroffen. Im Team Zentraler Service des KuKuQ wurde ein Technikerpool für die im KuKuQ zusammengeführten Bereiche KuF/4 (Tafelhalle und Festivals), KuH, K4 und Villa Blumenstraße geschaffen. Dem POA wird empfohlen, die Konsolidierung als erfüllt zu betrachten.
	2005	88	Av	Prüfauftrag: Erschließung neuer Einnahmequellen/Teilweiser Wegfall der Gebührenfreiheit		5.000	5.000			Der Entwurf GebS wurde nach Abstimmung mit RA modifiziert. Darin ist die Anhebung der Gebühren geplant. Im Herbst 2008 erfolgt die Einbringung in den Fachausschuss.
X	2005	89	Av	Reduzierung Verwaltungskapazität		40.000	40.000	40.000		Die Einsparvorgabe wurde durch Umsetzung eines ku-Vermerks und halftiger WAS-Reduzierung bei einer Stelle erbracht.
	2005	90	StB	Prüfauftrag: Abgabe der Buchbindarbeiten (Folierarbeiten) an Behindertenwerkstätten o. ä.		45.000	45.000		45.000	Personalwirtschaftlich ist der Vorschlag derzeit nicht umsetzbar; erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek (2011) könnten Konsolidierungsmöglichkeiten entstehen; deshalb erhielten die 2,28 VK-Stellen im Stellenplan einen offenen ku-Vermerk.
	2005	91	StB	Prüfauftrag: Reduzierung der Stellenaussstattung im Rahmen einer Neuorganisation		150.000	150.000			Die Umsetzung ist erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek in 2011 zu realisieren
	2005		Ref. IV							
	2005		Ref. V			673.500	668.500	462.000	51.000	
	2005	50	Ref. V	Neustrukturierung des Referatsbereichs		500.000	500.000	241.592	258.408	Der Betrag wird im Rahmen der Umstrukturierung der Organisationsreform des Referates V erbracht. Der bisher eingebrachte Vorschlag zur Neustrukturierung J/8 (POA vom 09.05.2006) kann aufgrund steigender Fallzahlen und Auflagen des SIMAS nicht umgesetzt werden. Für diesen Betrag in Höhe von 172.000 Euro wird ein Ersatzvorschlag angefordert.
	2005	52	SenA	Zusammenlegung der Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege mit der Heimaufsicht, Aufbau eines Gesamtbeschwerdenmanagements		30.000	30.000	27.950		Auf die Realisierung des Einzugs einer Teilzeitstelle soll auf Vorschlag der Dienststelle verzichtet werden; ersatzweise erfolgt eine dauerhafte Budgetverschlechterung
X	2005	56	SenA	Bindung der Verwaltungskapazitäten SenA mit Ref. V		20.000	20.000			Die Realisierung des Einzugs einer Halbstelle kann erst mit dem Einzug von SenA in das Heilig-Geist-Haus erfolgen (voraussichtlich 2009). Die stellenplanmäßige Behandlung erfolgt gesondert.
	2005		Ref. V							
	2005		Ref. VI			719.925	676.500	396.042	258.408	

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	59	Ref. VI	Zusammenführung der Planungsverantwortung (dieser Vorschlag ist deckungsgleich mit dem Vorschlag der AG 2..3.BM/Ref IV, ID 115) - Diskussion im Rahmen der Strukturreform		161.000	161.000			Die Bearbeitung steht in einem engen fachlichen Zusammenhang mit ID1405 aus der HHK 2004. Ein Realisierungskonzept soll unter Beachtung der Schnittstellen Grundsatz- und Ausführungsplanung im Rahmen der Neustrukturierung der Stadtverwaltung erarbeitet werden.
	2005	62	BAV	Abbau von Hierarchien nach Ablauf des Projektes		45.000	45.000		45.000	In der Sitzung am 9.5.2006 wurde der von der referatsübergreifenden Projektgruppe (Ref. VI, BAV, H, T, PR Ref. VI, OrgA) erarbeitete Umsetzungsvorschlag beschlossen. Aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Projektes "Abbau des Bearbeitungsrückstandes" konnte dieser noch nicht kassenwirksam umgesetzt werden. Die Verlängerung des kw-Vermerks auf F12.10 wurde beschlossen.
	2005	65	BAV	Auflösung der Dienststelle BAV nach neuer Aufgabenzuordnung (Einrichtung einer zentralen Einheit für Vergabe und Aufbau eines Controllings im Ref. VI-Bereich)		103.000	85.870	85.870		In der POA-Sitzung am 9.5.2006 wurde der von der referatsübergreifenden Projektgruppe (Ref. VI, BAV, H, T, PR Ref. VI, OrgA) erarbeitete Umsetzungsvorschlag beschlossen. Zur Bereinigung eines Doppelbeschlusses wird dem POA empfohlen, die Einsparvorgabe um 17.130,- Euro auf zukünftig 85.870,- Euro zu reduzieren.
X	2005	66	Stpl	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt		60.000	60.000			Seit Mitte 2007 ist das sog. fakultative Widerspruchsverfahren bayernweit eingeführt. Die im mehrjährigen Probeversuch erhobenen Daten sind dementsprechend zu modifizieren. Die erkennbaren Einsparungen bei den Fachämtern sollen durch ein Umsetzungsvorschlag auf Grundlage einer Pauschalierung realisiert werden.
	2005	69	Vpl	Prüfung der Schnittstelle von Vpl zu SOR		34.000	34.000			Im Rahmen der Schaffung von SOR wird eine Schnittstellenbetrachtung u.a. zu Vpl geben. Die Einsparvorgabe wird hierbei berücksichtigt.
	2005	70	BoB	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt Wegfall von 1,0 Stellen		54.600	54.600			Seit Mitte 2007 ist das sog. fakultative Widerspruchsverfahren bayernweit eingeführt. Die im mehrjährigen Probeversuch erhobenen Daten sind dementsprechend zu modifizieren. Die erkennbaren Einsparungen bei den Fachämtern sollen durch ein Umsetzungsvorschlag auf Grundlage einer Pauschalierung realisiert werden.
	2005	72	BoB	Organisationsuntersuchung nach Novellierung Baurecht		190.000	190.000			Im Rahmen des Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg wird die Organisationsuntersuchung der BoB aufgrund der Verzögerung der Novellierung der BayBO erst Ende 2008 begonnen. Mit einem Bericht ist bis Ende 2009 zu rechnen.
	2005	74	H	Teilweiser Umbau der Heizungswerkstatt in Richtung Vergabeleistungen.		200.000	200.000			Eine aktuelle Organisationsuntersuchung zu dem Thema erfolgt im Rahmen des Städtevergleichs "Essen-Leipzig-Nürnberg". Erste Ansatzpunkte sind erkennbar. Ein Abschlussbericht soll bis Mitte 2009 vorgelegt werden.
	2005	75	H	Einführung eines projektbezogenen Controllingsystems für Baumaßnahmen beim Hochbauamt		10.000	10.000			Im Rahmen der Umsetzung der Neuorganisation von H wurde die Fortentwicklung des Controllingsystems begonnen. Aufgrund der Komplexität und erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung im SAP-System wird dessen Entwicklung noch einige Zeit in Anspruch nehmen.
	2005		Ref. VI			1.420.050	1.402.920	534.850	155.000	
	2005		Ref. VII							

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	80	WS	Wegfall der Aufgabe Wohnungsaufsicht und Standardreduzierung im Bereich Mietpreisüberprüfung		161.950	161.950	52.850	109.100	Ein kw-Vermerk bzw. Gruppen-kw-Vermerke wurden angebracht und teilweise realisiert.
	2005	82	WIV	Prüfauftrag: Organisationsentwicklung WIV		75.500	75.500			Der durch einen externen Berater begleitete Organisationsentwicklungsprozess, in dem der Prüfauftrag mit bearbeitet wird, wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Umsetzung der Konsolidierung obliegt der Dienststelle.
	2005		Ref. VII							
	2005		Allgemein							
	2005	96	Allgemein	Rezentralisierung Öffentlichkeitsarbeit		140.000	793.450	588.350	109.100	Der Auftrag wird ab Mitte 2008 bearbeitet.
	2005	97	Allgemein	Optimierung nach Einführung von SAP und SAP-HR		400.000	400.000	57.000		Eine Teilzeitstelle wurde bei PA bereits eingezogen; darüber hinaus wurden 40.000 € aus den Einsparungen im Zusammenhang mit der Reorganisation Ka (POA vom 27.05.2008) auf diese Konsolidierungsmaßnahme angerechnet. Eine weitere Überprüfung erfolgt nach Abschluss der Einführung weiterer Module von SAP in den nächsten Jahren.
	2005	98	Allgemein	Gebäudemanagement: Prüfauftrag		100.000	100.000			Ein Vorschlag über die Weiterentwicklung des städtischen Gebäudemanagements wurde durch eine Projektgruppe erarbeitet. Parallel erfolgte im Rahmen eines Pilotversuchs die Vergabe von Gebäudedienstleistungen für zwei städtische Gebäudekomplexe ab 01.01.2008. Die Ergebnisse sind im Laufe von 2009 auszuwerten.
	2005	102	Allgemein	Bündelung von operativen Querschnittsfunktionen	Analyse der Tätigkeiten, die potentiell zentralisierbar sind, ist nach Datensammlung erfolgt. Die noch offenen Punkte (Kennziffern, Mittlere Bearbeitungszeiten, Vergleich mit Referenz-Einheit sowie Vorschlag einer Pilotprojektes) werden sukzessive folgen Ein Umsetzungskonzept soll der Steuerungsgruppe im ersten Halbjahr vorgelegt werden.	100.000	100.000			Nach Datensammlung wurden die offenen Punkte (Kennziffern, Mittlere Bearbeitungszeiten, Vergleich mit Referenz-Einheit sowie Vorschlag einer Pilotprojektes) bearbeitet. Die Analyse der Tätigkeiten, die potentiell zentralisierbar sind, umfasst die Bereiche Personal (Urlaub, Dienstreisen, Krankmeldungen, AZK), Haushalt (Rechnungsbearbeitung, Einnahme-SB, Standardbericht aus SAP), IT (First-Level-Support, Internet/Intranet), Beauftragte (Sicherheit, IT, Datenschutz, Aus-/Fortbildung), Allg. Verw. (Beschaffung, Drucke, Reparaturen, Inventar, Ablage). Es ist zu entscheiden, ob eine weitere Abstimmung der drei denkbaren "Referenzprojekten" (Theresienstr. Lina-Ammon-Str. und Laufer Gasse/Inn. Laufer Platz) mit der Steuerungsgruppe erfolgt. Eine Entscheidung wurde bis Mitte 2008 zurückgestellt.
	2005	103	Allgemein	Durchführung eines Städtevergleiches	Ein erstes Erhebungsaster für den Vollkraftstellenvergleich zwischen den Städten Leipzig, Essen und Nbg., welches in mehreren Arbeitssitzungen erarbeitet wurde, lieferte Anhaltspunkte für die einzelnen zu vertiefenden Vergleichsobjekte. Diese wurden mit der Stadtspitze, der Lenkungsgruppe sowie den Referaten und Personalräten abgestimmt.	1.000.000	1.000.000		306.250	Ein aktueller Umsetzungsstand (Stand Mai 2008) zum Städtevergleich Essen, Leipzig, Nürnberg wird dem POA nochmals im Herbst 2008 vorgelegt. Hierbei wird der Sachstand der 33 Prüfungen vorgelegt. 17 Einzelvergleiche konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden.
	2005	107	Allgemein	Optimierung des Umliegungsprozesses		5.000	5.000			Der Prüfauftrag wird im Rahmen der Untersuchung der Grundstückswertermittlung (Thema im Städtevergleich Essen-Leipzig-Nürnberg) bis Anfang 2009 abgearbeitet.

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	109	Allgemein	Zuordnung der Stellplatzablässe		5.000	5.000			Aus der Sicht von Ref. VII/LA soll an der bisherigen Organisation festgehalten werden. Eine abschließende Entscheidung hierüber soll im Rahmen der Organisationsuntersuchung BoB unter Berücksichtigung der Ergebnisse von SOR getroffen werden.
	2005	110	Allgemein	Übertragung der Urheberrechte	Wird von Ref. VI geprüft	0	0			Der Bericht über die Prüfung durch Ref. VI liegt noch nicht vor.
X	2005		Allgemein			3.491.000	3.250.000	1.557.000	306.250	
	2005		Stadt	Summe 2005		10.948.207	10.541.652	4.508.042	3.274.858	

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushalts-wirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2006		OBM							
	2006	1	RA	Justizariat	Prüfung durch OrgA, ob die Zahl der Juristen beim Justizariat um eine Stelle verringert werden kann, wenn Standardstreitigkeiten in den Dienststellen erledigt werden können.	50.000	50.000			Die Kapazitätsüberprüfung, die für eine juristische Sachbearbeitung zentral benötigt wird, erfolgt derzeit mit der Auswertung der Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Es ist ein deutlicher Anstieg der Klagen erkennbar, der eine Kapazitätsanpassung erforderlich macht. Gleichzeitig sind jedoch auch Einsparungen bei den Dienststellen zu erkennen. Aufgrund der vorliegenden Fallzahlen ist aus gesamtstädtischer Sicht ein Konsolidierungsbeitrag zu erwarten, der im Rahmen eines vereinfachten Zurechnungsmodells umgesetzt werden soll. Dabei wird auch eine dezentrale Aufgabenerledigung geprüft. Aufgrund der modifizierten Umsetzung ist eine Nacherhebung zur Gewinnung belastbarer Fallzahlen notwendig.
	2006		OBM			50.000	50.000	0	0	
	2006		2. BM							
	2006		2. BM			200.000	186.000	0	186.000	
	2006		3. BM							
	2006	13	MN	Abbau Ferienüberhang. Angleichung der Strukturen an IZ-Städte		50.000	50.000		50.000	Der Ferienüberhang erscheint bisher nur teilweise abgebaut. Ein Konzept zur vollständigen Realisierung der Einsparvorgabe sowie zur Stabilisierung der Finanzlage wird durch die Fachdienststelle in enger Abstimmung mit Ref. II/Stk und OrgA erarbeitet.
X										
	2006		3. BM			114.000	112.700	62.700	50.000	
	2006		Ref. I			250.000	250.000			Die IZ-Lenkungsgruppe hat am 07.02.2007 ein Moratorium bis Frühsommer 2008 beschlossen. Seitens der Stadt Nürnberg wird an der Realisierung einer gemeinsamen Einheit festgehalten (siehe Stadtratsbeschluss vom 25.06.2008).
	2006	7	OrgA	IZ-IT						zurückgestellt (Voraussetzung: Ausgliederung IT)
	2006	8	PA, OrgA	Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA	Nach Ausgliederung der IuK ist eine Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA zu prüfen.	200.000	200.000			
	2006		Ref. I			504.000	464.000	14.000	0	
	2006		Ref. II							
	2006	12	Ref. II	Optimierung der internen Leistungsverrechnung	Erbringen Dienststellen für andere Dienststellen Leistungen sollten die Rechte und Pflichten des Auftraggebers und des Auftragnehmers grundsätzlich geklärt werden (wer steuert? Wer zahlt? Wer kontrolliert? Welche Qualität ist angemessen?). Dazu ist das gesamte System der internen Leistungsverrechnung zu überprüfen, dabei insbesondere OrgA/IuK, H, GBA, ZD. Dabei sollen auch Anreizsysteme geprüft werden.	0	0			Eine Arbeitsgruppe aus Ref. II, Stk und OrgA wurde im Mai 2007 erstmals einberufen. Nach einer Bestandsaufnahme wurde aufgrund eines Kriterienkatalogs die interne Leistungsverrechnung modifiziert. Aufgrund der veränderten gesetzlichen Vorgaben an die Komm. Haushaltsführung ist eine Einbeziehung in die Budgetierung nicht zulässig. Das Projekt wurde zwischenzeitlich beendet. Dem POA wird empfohlen, den Prüfauftrag als erledigt zu betrachten.
	2006		Ref. II							
	2006		Ref. III			40.000	40.000	0	40.000	
	2006	4	GBA	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen zugunsten privater Grünflächen. Minderung der Baumstandorte entlang von Straßen u. diesem Punkt gibt es zwischen den Dienststellen bereits seit einigen Jahren vereinbarte Standards, die in nächster Zeit hinsichtlich der Größe und der Ausführung von Baumscheiben an die neuen Standards der DIN, bzw. der FLL-Richtlinien angepasst werden müssen. Teil dieser Vereinbarungen ist z.B., dass in den Stichstraßen von Neubaugebieten keine Straßenbaumpflanzungen geplant und ausgetüft werden sollen, da diese nur für übergeordnete Straßen und Straßen mit Erschließungsfunktion im Baugebiet eingesetzt werden sollen. Gleiches gilt auch für die Mindestgrößen von begrünten Flächen im Straßenraum.	0	0			GBA hat in Abstimmung mit UWA und Spli neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL erarbeitet. Diese werden in der Praxis erprobt. Im Rahmen der Schaffung von SÖR werden diese überprüft und ggf. modifiziert. Dem POA wird vorgeschlagen, den Prüfauftrag an dieser Stelle als erledigt zu betrachten.
X										

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2006	5	UwA, GBA, Sipi	Überprüfen in wie weit es möglich und vertretbar sein sollte, Grünflächen in Bebauungsplänen wo möglich als private Grünflächen festzusetzen. Das gilt insbesondere für Ortsrandeinguünungen.	Sinnvollerweise sollten begrünte Flächen, die nicht der Erholung dienen und über keinerlei Aufenthaltsqualität verfügen (so z.B. „Trenngrün“ zwischen Gewerbeflächen und Wohnflächen, „Ortsrandeinguünungen“ u.a.) entsprechend ihrer Funktion als private Grünflächen mit der jeweiligen Zweckbestimmung festgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass bislang in Privatbesitz befindliche Wald- oder andere öffentlich zugängliche Freiflächen nicht als öffentliche Grünflächen festgesetzt werden müssen, da nach Art. 21 und 22 des Bayerischen Naturschutzgesetzes jeder Bürger das Recht auf Erholung in der freien Natur hat. Eine Festsetzung als öffentliche Grünfläche ist deshalb in diesen Fällen nicht erforderlich.	0	0			GBA hat in Abstimmung mit UwA und Sipi neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL erarbeitet. Diese werden in der Praxis erprobt. Im Rahmen der Schaffung von SOR werden diese überprüft und ggf. modifiziert. Dem POA wird vorgeschlagen, den Prüfauftrag an dieser Stelle als erledigt zu betrachten.
X									
2006	2	Gh	Wahrnehmung von Aufgaben als Kreisverwaltungsbehörde im übertragenen Wirkungskreis nur noch kostendeckend in Höhe der staatlichen Zuweisungen	Nach Art 9 FAG erhält die Stadt Nürnberg für die Wahrnehmung der Aufgaben als staatliche Gesundheitsämter, die Durchführung des Heimgesetzes, der Veterinärämter, in der Lebensmittelüberwachung, beim Vollzug des Futtermittelrechts, (der Ernährungsberatung) und der Wasserwirtschaftsämter eine jährliche Zuweisung vom Freistaat Bayern, für 2005 den Betrag von 4.527.392 EUR. Es ist zu prüfen, ob die Stadt Nürnberg beim hierfür getätigten Personal- und Sachaufwand kostendeckend arbeitet oder ob für die Wahrnehmung der Aufgaben aus dem städtischen Haushalt Mittel darüber hinaus aufgewendet werden müssen. Der entsprechende Personal- und Sachaufwand ist auf die Höhe der staatlichen Zuweisung zu deckeln. Seitens Orga sollte, wie bereits bei Gh erfolgt, eine Untersuchung zum aktuellen Aufwand und zur Höhe der Kostendeckung erfolgen.	20.000	20.000	20.000		Die Überprüfung bei Gh ist bereits im Rahmen des erweiterten Budgetmodells erfolgt. Im Bereich des Futtermittelrechts ist ein Einsparpotential realisiert. Eine Detailprüfung der Kostendeckung im Bereich staatl. Schulanst. sowie bei der Aufgabenerfüllung der Wasserwirtschaft wird noch im Laufe von 2008 durchgeführt.
2006	Ref. III				20.000	20.000	20.000	0	
2006	Ref. IV								
2006	Ref. IV				154.800	154.800	154.800	0	
2006	Ref. V								
2006	17	SHA	Überprüfung der Personalkapazität bei SHA durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV)	Aufgrund der Trennung der bisherigen BSHG-Fälle in SGB XII-Fälle und SGB II-Fälle wird ein großer Anteil der bisherigen BSHG-Bedarfsgemeinschaften in der ARGE Nürnberg bearbeitet. Bei SHA haben sich durch das SGB XII die Arbeitsabläufe wesentlich geändert.	1.000.000	1.000.000	695.835	304.165	Die Umsetzung ist in den derzeit laufenden Prozess der Neustrukturierung von Ref. V eingebunden. Die künftige Personalausstattung bei SHA wurde im POA am 24.10.2006 beschlossen. Ein Teil der Stellen wurde bereits eingezogen. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und damit die Realisierung der Einsparung soll bis 2013 erfolgen.
2006	18	Ref. V, Ref. VIII	Reduzierung der Vergütungen von Praktikantinnen und Praktikanten der Fachhochschulen	Die Stadt Nürnberg stellt jährlich für 80 Praktikantinnen und Praktikanten jeweils zweimal 20 Wochen pro Jahr Plätze zur Vergütung und bezahlt jeweils im Monat 204,52 EURO aufgrund eines Stadtratsbeschlusses vom 16.03.1993, entsprechend dem Höchstbetrag der Richtlinien der Tarifgemeinschaft dt. Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen v. 19.11.1990. Der Gesamtbetrag der Vergütung beträgt 163.616,- EURO jährlich.	80.000	80.000	80.000		Die Gewährung der reduzierten Bezüge wird bereits seit Anfang 2008 umgesetzt.
X									
2006	Ref. V				1.230.000	1.230.000	925.835	304.165	
2006	Ref. VI								
2006	20	H	Bereich Technik (z. B. Starkstrom, Sanitär, Heizung)	Aufgrund des neuen Hausmeistermodells bei den Schulen und möglicher weiterer Dezentralisierungen sind Personaleinsparungen möglich.	60.000	60.000		60.000	Nach Umsetzung der Neuorganisation von H werden im Laufe von 2008 Maßnahmen hierzu vorgeschlagen.
2006	Ref. VI				265.000	165.000	76.100	81.900	
2006	Ref. VII								

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2006	25	WS	Förderung des Wohnungsbaus	Es ist zu prüfen, inwieweit Änderungen bei der Eigenheimzulage zu einer Veränderung bei den Fallzahlen führen und damit eine Anpassung der Stellenkapazität möglich wird.	50.000	50.000			Die Auswirkungen der bei WS zu verzeichnenden Veränderung der Fallzahlen auf den Stellenbedarf werden noch diskutiert. Bis voraussichtlich Ende 2008 wird ein Ergebnis vorliegen.
	2006		Ref. VII			50.000	50.000	0	0	
	2006		Allgemein							
	2006	19	Allgemein	IZ-Geo		633.000	633.000			Der Vorschlag wird im Rahmen einer stadinternen Arbeitsgruppe mit der Zielsetzung der Einführung eines stadtweiten GIS in Nürnberg bearbeitet (POA 23.10.2007). Ein Bericht soll dem POA Ende 2008 vorgelegt werden.
	2006	28	Allgemein	Einsatz von Transponder-Chips	Z.B. bei der Bücherausleihe oder beim Eintritt in Bäder sollen Selbstbedienungskonzepte mit dem Einsatz von Transponder-Chips geprüft werden. Einsparungen sicher, Höhe nicht abschätzbar.	0	0			Eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe hat ein technisches Konzept erarbeitet. Die Umsetzung kann frühestens mit Eröffnung der Zentralbibliothek 2011 erfolgen. In einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung müssen die Anfangsinvestitionen und die zu erzielenden laufenden Einsparungen sowie die möglichen Personaleinsparungen betrachtet werden. Dem Fachausschuss wird zu gegebener Zeit über das Ergebnis berichtet.
	2006	30	Allgemein	Mündliche Beantwortung von Stadtratsanträgen/-anfragen, Einführung einer "Aktuellen Stunde", Reduzierung des Verteilers von Sitzungsunterlagen	Anfragen der Fraktionen/Stadträte an die Verwaltung werden in Nürnberg im Regelfall sehr arbeitsaufwändig bearbeitet. Jeder Antrag (ca. 250 jährlich ohne Dringlichkeitsanträge) wird grundsätzlich mit schriftlichem Sachverhalt und Beilagen in den zuständigen Ausschuss eingebracht. Man könnte die Behandlung von Anträgen in vielen geeigneten Fällen beschleunigen und vereinfachen, indem man sie unverzüglich in der nächst darauf folgenden Sitzung des zuständigen Gremiums auf die Tagesordnung setzt und durch mündlichen Bericht erledigt. Die Art der Erledigung - mündlich/schriftl. Bericht oder offen lassen - könnte der Verfasser der Anfrage selbst vorschlagen oder sie würde durch Herrn OBM der Sache angemessen in seiner Bearbeitungsverfügung festgelegt. Im Hinblick darauf, dass im neuen Ratsinformationssystem (ERIS) in der Regel alle Sitzungsbeilagen zu finden sind, sollen künftig die Ausschussvorlagen nur noch im unbedingt erforderlichen Umfang in der Verwaltung verteilt werden.	40.000	40.000			ERIS läuft stabil. SIR-Unterlagen in Papierform werden reduziert. Eine "aktuelle Stunde" soll nicht eingeführt werden. Die zu erzielenden Einsparungen werden erst nach der Probephase ab Ende 2008 ermittelt.
	2006		Allgemein			7.305.600	7.305.600	6.632.600	0	
	2006		Stadt	Summe 2006		9.933.400	9.778.100	7.886.035	662.065	

Umsetzungsstand HHK 2004-2008

Stand: 20.08.2008

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2007	2	EP	Aufgabe des Versicherungsamtes	Es sind Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern aufgenommen worden, die gesetzliche Verpflichtung zur Vornahme eines Versicherungsamtes aufzuheben bzw. Personal zu reduzieren.	500.000	500.000		102.500	Die Abschaffung der Versicherungsämter wird seitens der Staatsregierung nicht weiterverfolgt. Im Rahmen des Städtevergleichs wird nun die Personalausstattung der Städte Leipzig und Nürnberg bei der Aufgabenerfüllung in enger Abstimmung mit der Fachdienststelle näher zu prüfen sein. Dies wird angesichts der knappen Terminplanung der verschiedenen Vergleichsthemen erst im Laufe von 2009 erfolgen können. Es sind zunächst kw-Vermerke im Umfang von zwei Volkfraktionen zur Sicherstellung der Personalreduzierung eingebracht. Deren Realisierung erfolgt spätestens mit Beginn der Freistellungsphase der ATZ in 2010.
	2007	2	BM							
	2007	1	FW	FW: Reduzierung der Kapazitäten im Bereich der Verwaltung	Durch den Wegfall von Unterhaltsarbeiten, wenn der Standort Reutersbrunnenstraße saniert bzw. aufgegeben ist, können von den Einsatzbeamten Verwaltungstätigkeiten mit übernommen werden.	80.000	80.000			Der Neubau der Feuerwache 1 wurde vom POA am 28.01.2008 beschlossen. Die Maßnahme wurde für den MIP 2009 angemeldet. Der Bau wird nicht vor 2010/2011 abgeschlossen werden. Die Prüfung des Konsolidierungsvorschlags erfolgt im Zusammenhang mit dem Neubau der Feuerwache 1.
	2007	2	BM			80.000	80.000	0	0	
	2007	3	BM							
	2007	Ref. I								
	2007	15	Ref. I / NRN	Kosten für SAP-Lizenzen reduzieren	Die jährlichen Kosten für die Pflege der SAP-Lizenzen wird in das Budget der Dienststellen übertragen. Dabei ist Anzahl und Notwendigkeit des Einsatzes der SAP-Lizenzen zu prüfen.	46.000	46.000			SKN prüft laufend den notwendigen Bedarf an SAP-Lizenzen aufgrund der von den Fachdienststellen gemeldeten Mitarbeiterkreis.
	2007	Ref. I				46.000	46.000	0	0	
	2007	Ref. II								
	2007	Ref. III								
	2007	Ref. III								
	2007	Ref. IV								
	2007	17	Ref. IV	Hochschule für Musik	Die Verbandsumlage soll schrittweise reduziert werden.	150.000	150.000	150.000		Die Verstaatlichung der Hochschule für Musik erfolgte zwischenzeitlich zum 01.01.2008. Aufgrund der aktuellen Beschlüsse in der Sitzung des Zweckverbandes am 30.04.2008 wurden in 2008 nur noch 325.000 Euro für den Grundbetrag an den Zweckverband für Pensionslasten und Beihilfen fällig (2007 1.158.000 Euro). Der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossene Konsolidierungsbetrag in Höhe von 150.000,- Euro wurde damit finanzwirksam erbracht.
X	2007	Ref. IV				150.000	150.000	150.000	0	
	2007	Ref. V								
	2007	4	Ref. V	Neuorganisation des Referates V	Durch die Organisationsreform im Referat V kann eine Einsparsumme in Höhe von insgesamt 1.075.000 Euro erwartet werden.	1.075.000	1.075.000	62.700	1.012.300	Die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V erfolgt auf Basis einer entsprechenden Zeitplanung in enger Abstimmung mit Ref. I und II.
	2007	5	Ref. V	Einsparungen bei Mietkosten durch Veränderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II	Abmietung von städtischen Gebäuden: Rothenburger Str. 245 (Wallenstein Center, Fichtestr. 45, Glockenhofstr. 24 - 26) in Höhe von 661.000 €; im Gegenzug fallen Kosten bei der Anmietung Platenstr. 46, Nicolaistr. 14, Sandstr. 22 - 24, Sennefelder Str. 11 sowie am Richard-Wagner-Platz in Höhe von 231.000 € an.	430.000	430.000	430.000		160.000 Euro wurden bereits kassenwirksam erbracht. Gemäß Beschluss des JHA vom 29.05.2008 sollen die städtischen Anwesen Rothenburger Straße 45 und Herschelplatz 3 als Familienzentrum bzw. für die Erweiterung bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet werden. Dem POA wird vorgeschlagen, den Konsolidierungsbetrag als erfüllt zu betrachten.
A	2007	Ref. V				4.755.000	4.755.000		1.012.300	
	2007	Ref. VI						3.742.700		

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2007	7	H	Denkmalschutz von H zu BoB	Konzentration der hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des DschG bei der BoB, Zuordnung des Fachbereiches Denkmalschutz von H zur BoB. Der verbleibende Fachbereich Denkmalpflege kann wie in den Jahren zuvor in den Bereich Bau integriert werden. Dadurch wird die Abteilungsleiterstelle Bereich Denkmalpflege/Denkmalerschutz eingespart.	0				Der Prüfauftrag wurde bearbeitet. Über das Ergebnis wurde dem POA in dessen Sitzung am 15. Juli 2008 berichtet. Dabei werden zukünftig die hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des DschG bei der BoB konzentriert. Dem POA wird vorgeschlagen, den Prüfauftrag als erledigt zu betrachten.
	2007	8	Geo	Prüfauftrag im Bereich Reproduktion	Da externe Vergaben im Bereich Reproduktion wirtschaftlicher sind, als die interne Aufgabenerledigung durch Geo, ist zu prüfen, in welchem Umfang die derzeit bei Geo vorgehaltenen Personal- und Sachressourcen für die Aufgabenerfüllung im Bereich Reproduktion noch notwendig sind.	50.000	50.000	47.750		Nach einer Einzelprüfung im Rahmen des Städtevergleichs konnte mit Geo Einvernehmen über Stelleneinzüge im Bereich Reproduktion erzielt werden. Der Bericht wird dem POA im September 2008 vorgelegt. Die Konsolidierung gilt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Stelleneinzug durch den POA als erfüllt.
	2007	9	Geo	Prüfauftrag im Bereich Kartographie	Im Stellenplan von Geo sind 17,48 Stellen im Bereich Kartographie ausgewiesen. Es wird - auch im Vergleich zu anderen Kommunen - geprüft, ob eine Reduzierung des Personals möglich ist.	200.000	200.000			Wird im Rahmen des interkommunalen Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg bearbeitet. Der Einzelvergleich soll bis Ende 2008 abgeschlossen werden.
	2007	Ref. VI				250.000	250.000	47.750	0	
	2007	Ref. VII								
	2007	10	Ref. VII, IB	Bündelung der Kompetenzen bei EU Fördermitteln	Überprüfung der Aufgabenerledigung bei IB, Ref. VII und WIV (Hinweis: Metropolregion, Struktur- und Sozialfonds)	80.000	80.000			Die Überprüfung der Aufgabenerledigung wird derzeit in Abstimmung mit Ref. VII bearbeitet.
	2007	19	LA	Verkauf von nicht (mehr) für städtische Zwecke benötigten Immobilien (insbesondere unbebauter Besitz und Wohngebäude - auch die in GfG-Verwaltung)	Ermittlung der in Frage kommenden Immobilien sowie Umsetzung durch Erhöhung des Einnahmensatzes um jährlich 400.000 €.	400.000	400.000	400.000		Die Verwaltung prüft permanent den Verkauf von für städtische Zwecke nicht mehr benötigte Immobilien. Da in den vergangenen Jahren das Einnahmesoll unter Berücksichtigung der Vorgabe in Höhe von 400.000,- Euro erreicht wurde, wird dem POA empfohlen, den Konsolidierungsbeschluss als erledigt zu betrachten.
	2007	Ref. VII				480.000	480.000	400.000	0	
	2007	Allgemein								
	2007	11	Allgemein	Kostensenkung durch internetbasierten Einkauf (e-procurement)	Es ist zu prüfen, ob durch Online-Ausschreibung, Online-Vergabe und Online-Einkauf Einsparpotenziale erzielbar sind. Hierbei sind auch Vergleiche mit Städten, die bereits e-procurement nutzen, einzubeziehen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Funktionalitäten von SAP bzw. externe e-procurement-Plattformen genutzt werden können. Ggf. ist externe Unterstützung einzubeziehen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen.	200.000	200.000			Da - auch in anderen Kommunen - noch entsprechende Erfahrungswerte fehlen und die oftmals gehandelten hohen Einsparpotenziale in der Praxis nicht belegbar sind, wird vorgeschlagen, eProcurement im Rahmen eines Pilotbetriebs zu erproben und die realen Auswirkungen hinsichtlich qualitativer Aspekte (erhöhte Ressorttransparenz, Know-how-Transfer,...), des Personaleinsatzes und möglicher Einspareffekte bei den Einkaufspreisen (durch Bündelungseffekte / Mengendeckungspreise bzw. reduzierte Angebotspreise) zu evaluieren.
	2007	12	Allgemein	Verzicht auf Lagerhaltung	Im Zusammenhang mit internetbasiertem Einkauf ist auch gesamtstädtisch die Notwendigkeit zentraler Lager zu prüfen. Die Übertragung der Lagerhaltung auf Lieferanten und die Beschaffung auf elektronischem Weg setzt eine entsprechende luk-technische Infrastruktur voraus.	150.000	150.000			Erste Berechnungen liegen vor. Da die Klärung dieser Fragestellung aber auch von eProcurement und der Einführung eines Shopsystems abhängt und somit ein enger sachlicher Zusammenhang zu ID 11 und ID 13 besteht, wird die Fragestellung in diesem Rahmen mit einbezogen.

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2007		13	Allgemein	Vergabe von Dienstleistungen über Internet	Im Internet sind Kontaktbörsen vertreten, in denen Waren und Dienstleistungen auslobt und angeboten werden. Es erscheint sinnvoll auch bei der Stadt Nürnberg diese Möglichkeit im Rahmen der bestehenden Regelungen zu nutzen. Eine Nutzung wird zum Beispiel im Bereich der freihändigen Vergaben gesehen, evtl. auch als Alternative zu (langfristigen) Rahmenverträgen und zur Abrechnung von Regiestunden. Den Anforderungen an die Qualität kann durch die Abfrage von Referenzen oder die Vergabe an bekannte Dienstleister Rechnung getragen werden.	100.000	100.000			Vergaberechtlich ist eine Beteiligung von Kommunen an „Revers / Invers - Auktionen“ (Beispiel: www.my-hammer.de) derzeit nicht zulässig. Eine Änderung ist durch EU-Recht abzusehen. Bei Vorliegen der rechtlichen Zulässigkeit sollte das Verfahren zunächst in einem Pilotversuch erprobt werden. Im Vorfeld sind ggf. noch rechtliche und organisatorische bzw. wirtschaftspolitische (Förderung der lokalen Wirtschaft) Fragen zu klären. Die offenen Fragen werden in der Projektgruppe / Machbarkeitsstudie „eProcurement“ (vgl. ID 11) mit bearbeitet.
2007		14	Allgemein	Leitungsspannen überprüfen (Einführung von Standards)	Die Erforderlichkeit von kleinen Organisationseinheiten (z.B. mit weniger als 6 Vorkräften) ist auf die fachliche Notwendigkeit (z.B. bei Gliederungen nach regionalen Gesichtspunkten) auch unter Berücksichtigung zunehmender Projektarbeit in der Verwaltung und Nutzung von Spezialwissen zu betrachten. Weiter ist der Gesamtumfang und die Tiefe der Leitungshierarchie zu prüfen. Der Vorschlag bezieht sich auf alle Hierarchieebenen.	300.000	300.000	10.950		Verwaltungsintern erfolgte eine Überprüfung der Leitungsspannen; es liegt ein erster Bericht vor. Bei laufenden Untersuchungen wird dieser Aspekt berücksichtigt. Erste Einsparung wurden bei der Umorganisation bei ZD (POA vom Mai 2008) erzielt.
2007		16	Allgemein	Ausschöpfen des Kostenrahmens	Anpassung der Gebührenhöhe unter Ausschöpfung des Kostenrahmens	1.000.000	1.000.000	100.000		Die Umsetzung wird aktuell mit Schwerpunkt OA und Ref. VI bearbeitet. Im Bereich Fahrdrahtreparaturen konnten durch Änderungen der Verwaltungspraxis bereits Gebührenreduzierungen erzielt werden. Für Ref. VI erfolgte eine Zusammenstellung der zu betrachtenden Gebühren und Entgelte. Eine Auswahl wird u.a. im interkommunalen Umfeld näher betrachtet. Nach erfolgter Neubesetzung der Leitungspositionen des Ordnungsamtes wird eine systematische Überprüfung der Gebührensatzung erfolgen. Dabei werden laufend Anpassungen der Gebührensatzungen vorgenommen und die Ansätze der Sachkonten erhöht.
2007		18	Allgemein	Reduzierung der Müllgebühren bei den städtischen Dienststellen und Betrieben	Ausdehnung des Projekts "Müll an Schulen" auf die Gesamtstadt. Die Umsetzung für die Gesamtstadt wurde bereits unter Federführung von ZD begonnen.	200.000	200.000	100.000		Eine erste Bilanzierung der eingeleiteten Maßnahmen erfolgte in einem Abschlussbericht. Derzeit wurden kassenwirksame Einsparungen in Höhe von 100.000,- Euro erbracht. Die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen wird nach einer Erprobungsphase geprüft.
2007		20	Allgemein	Wegfall der Pausenregelung im Arbeiterbereich	wirksam ab 2010 nach Wegfall der Übergangsregelung	500.000	500.000		500.000	Aufgrund der gesetzlichen Regelung wird der Betrag ab 2010 stufenweise realisiert.
X	2007	21	Allgemein	Gewinnausschüttung Sparkasse		1.800.000	1.800.000	1.800.000		In Abstimmung mit der Sparkasse wurde in den Haushalt 2009 eine Ausschüttung in Höhe von insgesamt 5 Mio. Euro eingeplant, 1,8 Mio. Euro sind zur Realisierung dieses Konsolidierungsbeschlusses vorgesehen.
	2007		Allgemein			4.400.000	4.400.000	2.160.950	500.000	
	2007		Stadt	Summe 2007		10.661.000	10.661.000	6.501.400	1.614.800	

1	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushalts-wirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2008		Allgemein							
	2008	1	Allgemein	Arbeitsversorgung	Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2005 wurde die Änderung der tarifvertraglichen Vereinbarung über die Versorgungsregelung für städt. Arbeiter mit einer ersten Einsparsumme in Höhe von 1.930.000 Euro beschlossen. Am 24.10.2004 hat der POA die Änderung der "Tarifvertraglichen Vereinbarung über die Versorgungsregelung für die städtischen Arbeiter vom 29.01.1965" beschlossen. Für den Finanzplanzeitraum bis 2011 können dadurch weitere Einsparungen in Höhe von 960.000 Euro realisiert werden.	960.000	960.000		960.000	Durch die Reduzierung der Versorgungsbezüge wird nach Hochrechnung von PA die Einsparung bis 2011 erbracht. Dies erfolgt im Rahmen der Festlegung der Versorgungsbezüge auf dem Verwaltungsweg stufenweise per Zeitablauf.
	X									
	2008	2	Allgemein	TVöD	Die geschätzte Einsparung bei Neueinstellungen im TVöD (Wegfall Ortszuschlag, Einstufung in derzeit maximal Stufe 2) beträgt 1.100.000 Euro.	1.100.000	1.100.000	1.100.000		Durch die deutlich geringeren Einstiegsgehälter wird die Einsparung im Vergleich zu den bisherigen Personalkosten im Rahmen der zukünftigen Neueinstellungen realisiert.
	X									
	2008	3	Allgemein	Vorzeitiges Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Stadt Nürnberg	Aufgrund der Fortführung der Vereinbarung zum Ausscheiden von Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bei der Stadt Nürnberg (sog. 58er Regelung) kann pro Jahr ein Einsparbetrag in Höhe von 680.000 Euro angesetzt werden.	680.000	680.000	680.000		Durch die reduzierten Gehälter können Einsparungen bei den laufenden Gehaltszahlungen realisiert werden.
	X									
	2008	4	Allgemein	Beihilfe	Durch den Wegfall der Erstattung der Praxisgebühr (10 Euro pro Jahr) im Beihilfebereich können 150.000 Euro eingespart werden.	150.000	150.000	150.000		Durch die Umsetzung der Praxisgebühr in Höhe von 10,- Euro pro Quartal im Beihilfebereich werden zwischenzeitlich 150.000,- Euro eingespart. Weiterhin werden die eingereichten Kopien nicht mehr zurückgesandt. Hierdurch konnten weitere Sachkosten eingespart werden.
	X									
	2008	5	Allgemein	Allgemein	Der Stadtrat hat am 13.04.2005 ein Sparpaket in Höhe von 10,9 Mio Euro (aus der sog. Dilettantenrunde) beschlossen. Dieses Sparpaket, das mittlerweile durch SIRBeschluss auf eine Summe von rund 10,5 Mio Euro angepasst wurde, soll nunmehr der Regierung von Mittelfranken zur Genehmigung des Haushaltes 2008 mit vorgelegt werden. Es handelt sich dabei um weitere dauerhafte Einsparungen und/oder Ertragsverbesserungen, die über die bisher von der Regierung von Mittelfranken aus Haushalts- bzw. genehmigungsrechtlicher Sicht geforderten Sparpakete hinausgehen.	10.591.782	10.591.782	4.508.042	3.224.858	Die aktuellen Sachstände der Umsetzung der Einzelvorschläge werden unter den jeweiligen ID's der HHK 2005 berichtet.
	2008		Allgemein			13.481.782	13.481.782	6.438.042	4.184.858	
	2008		Stadt	Summe 2008		13.481.782	13.481.782	6.438.042	4.184.858	